

Neues aus Niedersachsen - Unser Newsletter aus Hannover für die Region



CDU
Fraktion
Niedersachsen

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr neigt sich dem Ende zu, und auch im Niedersächsischen Landtag standen die letzten Plenartage an. Traditionell dreht sich zum Jahresende noch einmal alles um den Haushalt. Prozesse und Debatten, die in vielen Kommunen bereits abgeschlossen sind, nehmen im Landtag nochmal richtig Raum ein. In den entscheidenden Debatten über die Finanzen des kommenden Jahres wird festgelegt, welche Prioritäten unser Land setzt und wie wir die Herausforderungen der Zukunft meistern wollen. Dabei zeigt sich deutlich: Niedersachsen braucht mehr Mut und Entschlossenheit, gerade wenn es um Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Innerer Sicherheit geht. Ambitionierte Entscheidungen heute sind die Grundlage für ein starkes Niedersachsen von morgen. Ein starkes Niedersachsen ist machbar!

Neben der intensiven Arbeit in Hannover und vielen Terminen im Wahlkreis bleibt dennoch Zeit, den Blick auf die Adventszeit zu richten. Nach einem bewegten Jahr, das uns alle vor viele Herausforderungen gestellt hat, wünsche ich Ihnen und Euch, dass die verbleibenden Wochen in Ruhe und Besinnlichkeit ausklingen können. Nutzen wir die Zeit im Kreise Ihrer Familien, um durchzuatmen, Kraft zu schöpfen und uns auf das zu besinnen, was wirklich zählt.

Ich wünsche Ihnen und Euch viel Freude beim Lesen und eine friedvolle Weihnachtszeit.
Herzliche Grüße

Aktuelles Thema

Niedersachsen braucht neue Impulse

Das vergangene Jahr hat uns alle auf die Probe gestellt. Unsere Wirtschaft, das Fundament unseres Wohlstands, steht unter Druck wie selten zuvor: hohe Energiepreise, fragile Lieferketten und der akute Fachkräftemangel setzen Unternehmen zu. Gleichzeitig fordert die Transformation hin zu Klimaneutralität und Digitalisierung enorme Investitionen.

„Unsere Wettbewerbsfähigkeit leidet spürbar,“ habe ich im Landtag betont. Dies zeigt sich in stagnierenden Exportzahlen und der Tatsache, dass Niedersachsen nicht erste Wahl für Investoren ist. Während andere Regionen mutig vorangehen und mit Erfolg Ansiedlungsstrategien umsetzen, hinkt unser Land hinterher. Tesla in Grünheide ist ein Beispiel dafür, wie strategisches Handeln echte Leuchtturmprojekte hervorbringen kann. Niedersachsen hingegen wartet auf einen solchen Erfolg – bislang vergeblich.

Ein Kernproblem ist die unzureichende Investitionsquote des Landes. Unsere Infrastruktur – Straßen, Brücken, Bahnstrecken, Häfen – ist in einem Zustand, der wirtschaftliches Wachstum hemmt. Der Stillstand beim Bau der A20, veraltete Brücken und fehlende Anbindungen für unsere Häfen sind



nur einige Beispiele. „Eine moderne Infrastruktur ist keine Kür, sondern Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg“.

Die Landesregierung muss jetzt handeln. Bürokratieabbau, Verwaltungsmodernisierung und gezielte Investitionen sind längst überfällig. Vor allem brauchen wir:

- einen schnellen Ausbau unserer Infrastruktur,
- Unterstützung für Unternehmen bei der Transformation,
- Förderung von Forschung, Innovation und Bildung.

Niedersachsen hat das Potenzial, eine führende Rolle in Deutschland einzunehmen – aber nur, wenn wir entschlossen die nötigen Schritte gehen. „Die Wirtschaft ist der Motor unseres Landes – lassen Sie uns diesen Motor nicht abwürgen, sondern ihn mit neuen Impulsen ankurbeln.“

Die Zeit drängt. Wir brauchen Mut und Entschlossenheit, um Niedersachsen zukunftssicher zu machen. Packen wir es an!





Bericht aus dem Landtag

Rot-Grün will die Probleme des Landes mit immer mehr Staat lösen, doch dies ist Teil des Problems und nicht der Lösung

„SPD und Grüne gehen einen fatalen Weg. Sie wollen die Probleme des Landes mit immer mehr Staat lösen. Dabei ist dieser immer größere Staatsapparat mit seiner Misstrauenskultur und Bürokratie Teil des Problems und nicht Teil der Lösung“, erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und haushaltspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Ulf



Thiele. Unter SPD und Grünen wachse das Personal in den Ministerien immer weiter. In den Haushaltsjahren 2023 und 2024 hätten sich die Ministerien 119 zusätzliche Stellen genehmigt. Nun sollen mit dem Haushalt 2025 weitere 134 Stellen hinzukommen, vor allem im gehobenen Dienst. Dazu käme ein zusätzlicher Aufwuchs der Tarifbeschäftigten.

„Die Personalplanung von Rot-Grün kennt nur eine Richtung: Mehr, mehr, mehr“, kritisierte Thiele.

„Die Rot-grüne Regierung scheint keinerlei Interesse daran zu haben, den überbordenden Staatsapparat zu modernisieren. Stattdessen wird die Bürokratie Jahr für Jahr weiter aufgebläht, während anderen, insbesondere den Kommunen, Maßhalten abverlangt wird. Die Treppe kehrt man immer von oben,“ so Thiele weiter. Er fordert von Ministerpräsident Stephan Weil und seiner Regierung ein umfassendes Konzept für eine schlankere, leistungsfähigere und moderne Landesverwaltung.

Kommunen finanziell im Stich gelassen

Besonders scharf kritisiert die CDU-Fraktion die mangelnde Unterstützung der Landesregierung für die Land-

kreise, Städte und Gemeinden in Niedersachsen. Während das Land Rücklagen von über zwei Milliarden Euro angehäuft und 2023 einen Jahresüberschuss von 1,6 Milliarden Euro erwirtschaftet habe, seien die kommunalen

Haushalte tief in den roten Zahlen. „Die Kommunen haben 2023 ein Defizit von 1,4 Milliarden Euro eingefahren, und auch 2024 und 2025 zeichnet sich keine Entspannung ab. Trotzdem lässt die Landesregierung sie mit ihren finanziellen Sorgen allein“, so Thiele.

Die CDU-Fraktion fordert, dass der zu erwartende Milliardenüberschuss des Landes aus dem Jahresabschluss 2024 genutzt wird, um die Kommunen zu entlasten. Es könne nicht sein, dass das Land seine Rücklagen weiter aufstockt, während kommunale Krankenhäuser, Kitas und Straßenbauprojekte unterfinanziert blieben.

Die CDU-Fraktion fordert für das Land eine Politik, die stärker in Sicherheit, Infrastruktur, Bildung und medizinische Versorgung investiert und gleichzeitig die Verwaltung verschlankt. „Ein besseres Niedersachsen ist machbar. Die CDU steht für eine zukunftsorientierte Politik, die Chancen schafft, statt den Staat immer weiter aufzublähen“, so Thiele abschließend.





Bericht aus dem Landtag

„Wer stört, zahlt. – Wer gegen die Ordnung verstößt, muss die Konsequenzen tragen.“

„Es ist nicht gerecht, dass die Steuerzahler für das Fehlverhalten Einzelner aufkommen müssen“, erklärte die CDU-Landtagsabgeordnete Saskia Buschmann im Landtag. Die Einführung einer Gebühr für die Anwendung unmittelbaren Zwangs durch die Polizei sei ein notwendiger Schritt, um Verursacher konsequent für ihr Verhalten zur Verantwortung zu ziehen, durch das eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eintrat und die Polizei zu entlasten.

Buschmann betonte, dass die Polizei nur unter strengen rechtlichen Vorgaben handelt und unmittelbaren Zwang anwendet. Dennoch fehle in Niedersachsen eine Regelung, die vorsätzliches Fehlverhalten finanziell den Verursachern zuordnet. „Andere Bundesländer, wie Hessen, sind uns

hier längst voraus. Niedersachsen bleibt Schlusslicht – auf Kosten der Steuerzahler und der Polizei“, kritisierte sie.

Die Abgeordnete führte aus, dass vorsätzliche Störungen wie Straßenblockaden oder gewalttätige Ausschreitungen und letztlich auch Angriffe auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte hohe Kosten und Gefahren verursachen. Sie warf der rot-grünen Landesregierung vor, durch Untätigkeit das Vertrauen in den Rechtsstaat zu untergraben: „Wer gegen die Ordnung verstößt, muss die Konsequenzen tragen. Alles andere ist Schwäche.“ Privat kennt es jeder: Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch! Und nichts anderes liegt in der von uns angestrebten Novelle des § 69 NPOG vor. Wir haben in den Anhörungen gut

aufgepasst und sind von einer Pflichtvorschrift auf eine Kannvorschrift gewechselt, das bedeutet, dass Eröffnung Möglichkeiten und legen die Vollstreckung dennoch in das Ermessen der Polizei.

Abschließend bekräftigte Buschmann die CDU-Position: „Niedersachsen kann mehr – wir setzen uns für klare Regeln und einen starken Rechtsstaat ein.“



Verfassungsschutzgesetz von Rot-Grün bleibt unzureichend – entscheidende Punkte fehlen

„Die Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes, welche heute von Rot-Grün eingebracht wurde, ist völlig unzureichend“, sagt Christoph Plett,

Mitglied im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen. „Zwar wurden viele unserer Forderungen aufgegriffen, doch entscheidende Punkte zur Stärkung

und Ausweitung der Befugnisse des Verfassungsschutzes fehlen. Der Gesetz-

entwurf bleibt daher in weiten Teilen ein Stückwerk“, so Plett weiter.

„Die Wiedereinführung der Wohnraumüberwachung ist ein notwendiger Schritt bei der Bekämpfung von Extremismus. Zudem ist es sinnvoll, wenn der Verfassungsschutz zukünftig auch für die

Beobachtung von organisierter Kriminalität zuständig ist. Auch eine engere

Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz durch die Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Einrichtung von Projektdateien würde im Kampf gegen extremistische Gefährder helfen. Doch all diese Punkte fehlen im Gesetzentwurf von Rot-Grün“, sagt Plett.

Insbesondere aufgrund der sich verschärfenden Sicherheitslage sei der Verzicht auf diese wesentlichen Befugnisse bedenklich, so Plett: „In anderen Bundesländern gehört vieles von dem, was uns im niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz fehlt, zum Standard. Es ist äußerst schade, dass Rot-Grün unsere Vorschläge nur teilweise übernommen hat. So bleibt der Gesetzentwurf – in einer sicherheitspolitisch angespannten Lage – weiterhin völlig unzureichend. Wir hoffen, dass bei den anstehenden Gesetzesberatungen ein echter Ländervergleich bei den Befugnissen stattfindet. Nur so kann der niedersächsische Verfassungsschutz auf Augenhöhe und gemeinsam mit den anderen Nachrichtendiensten Extremismus wirksam bekämpfen.“





Der Monat in Bildern

Förderbescheidübergabe für
das Zentralklinikum
Twistringen/Borwede in Syke



Landesvertreterversammlung: Aufstellung der
CDU-Landesliste für die Bundestagswahl 2025



Besuch der Naturschutzstation am Dümmer



Ehrung langjähriger Mitglieder auf der
Mitgliederversammlung des
CDU-Stadtverbandes Diepholz



Dezember Plenum

